

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

A

Nr. 35

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mk. 1,00 pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln,  
den 27. August 1926.

Anzeigenpreis für die vierecksp. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellenangebote und -Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Verlag befinden sich Köln, Ventnerwall 9. Telefonruf West 61546. — Redaktionschluss ist Samstag-Mittag.

27. Jahrg.

## Ewiger Kampf.

Immer steigen auf die Dämpfe,  
Und es wirbelt aus dem Schlot —  
Immer noch die alten Kämpfe  
Und dazu die alte Not!

Immer noch die alte Härte  
Und das zwingende Geschick —  
Was gepert in graue Härte,  
Schlummert in der Jungen Blick.

Und es klingt zur alten Plage  
Neuen Treibers hartes Wort,  
Und die alte Rätselfrage  
Lebt noch ungelöst fort

Darum müssen wir die alten  
Zielbewußten Männer sein,  
Und das Endziel hochzuhalten,  
Stets uns neuen Kämpfen weih'n.

L. Kessling.

## Gekommene Dinge.

Von Dr. Scheuble (München).

An einem Urlaubstag im Jahre 1917 las ich in Rathenaus Buch „Von kommenden Dingen“. Was stand da an erheben den Voraussetzungen über das Wachstum der Seele, die Rückkehr zu einfachen Sitten, den Niedergang des kapitalistischen Systems und die künftige Gemeinwirtschaft! Aus Uerger über solche Mißdeutung der Zeichen der Zeit — man sprach damals vom Volk als „Menschenmaterial“, für Kriegsgewinnler war Hochkonjunktur und die Schwerindustrie zeigte sich ungewöhnlich annexionslustig — schleuderte ich das Buch, mitten in einem See, ins Wasser.

Es kam der Zusammenbruch und die Revolution. Wie summten jetzt erst die Maikäfer des deutschen Volksfrühlings! In einer Flut von Artikeln, Broschüren, Büchern, die Reden gar nicht gerechnet, wurde die Zukunft himmelblau gemalt. Man konnte beinahe glauben, das Zeitalter der sozialen Gerechtigkeit werde nunmehr beginnen, ja mehr als dieses, das Zeitalter der sozialen Liebe, wo Lamm und Löwe friedlich zusammen auf die Weide gehen würden. Große Pläne wurden geschmiedet und in zahl- und endlosen Sitzungen diskutiert. Man schämte sich beinahe, nicht auch zu einem „Nat“ zu gehören.

Die Dinge aber nahmen ihren natürlichen, gar nicht überraschenden Verlauf. Während die einen redeten, handelten die anderen. Während sie Verordnungen und Gesetze zentnerweise erließen, setzten sich die anderen in den Besitz der tatsächlichen Macht, die ihnen eine kurze Zeit zu entgleiten drohte.

Sehr bald spielte in der Wirklichkeit die Frage, wie das kapitalistische System in neue Wirtschaftsformen übergeführt werden könne, keine Rolle mehr, so sehr sich auch die öffentliche Diskussion noch damit beschäftigte. Der Kampf ging darum, ob das Bank- oder das Industriekapital die Vormachtstellung im Wirtschaftsleben einnehmen würde. Die Inflation, die so unendliches Elend über das deutsche Volk gebracht hat, hätte abgestoppt werden können, doch hatte an einer frühzeitigen Sanierung weder das Bank- noch das Industriekapital ein Interesse.

Stinnes machte sein Glück. Er und andere Industriekonzerne vereinigten eine solche Macht in ihrer Hand, daß es eine Zeitlang schien, als würde das Bankkapital an die Wand gedrückt. Es gab aber in diesem Machtkampf schließlich weder Sieger noch Besiegte auf deutschem Boden: Sieger blieb der Dollar als Ausdruck des Weltkapitalismus.

Die sozialen Folgen des Ringens um die Macht im Fortgang der Inflation waren, wie der Domesbericht feststellte,

eine beispiellose Ungleichheit in der Verteilung des deutschen Reichtums. Die hochkapitalistische Riesenkonzerne — hie das verarmte deutsche Volk. So sah das Ergebnis der Gemeinwirtschafts-Bestrebungen im neuen Deutschland aus, so das Wachstum der Seele, das Ende des Kapitalismus und wie die „kommenden Dinge“ sonst hießen. Am augenscheinlichsten war die Rückkehr zu einfachen Sitten, wie sie durch die Schieberherrlichkeit vorgeführt wurde. Es blieb nur ein Trost, nämlich der, daß es angesichts des mangelnden Wirklichkeitssinns der meisten Propheten der neuen Zeit wahrscheinlich noch schlimmer geworden wäre, wenn diese die Macht besessen hätten!

Ganz falsch wäre es natürlich, wollte man annehmen, daß die am meisten hervortretenden Vertreter des hochkapitalistischen Systems auch immer Männer mit überragender Urteilsfähigkeit seien. Stinnes wurde als Halbgott angestaunt, und doch war sein Konzern ein Koloss mit tönernen Füßen, der jämmerlich zusammenbrach, als die große Inflationskonjunktur vorbei war. Und nach ihm kam noch manch anderes Unternehmen unter die Räder. Erst räumte die Ungunst der Verhältnisse, dann aber bewußtes Daraußinarbeiten der großen Konzerne und der wieder erstarkten Banken auf.

Eine Wirtschaftskrise von außergewöhnlichem Umfang trat nach erfolgter Stabilisierung der Währung ein, manchmal zurückgedrängt, manchmal verdeckt, bis sie im letzten Herbst mit Massenarbeitslosigkeit grausam hervorbrach. Man war hinsichtlich der Möglichkeiten, die Krise zu überwinden, bzw. erheblich zu mildern, viel zu pessimistisch, absichtlich zu pessimistisch, im Interesse des Großkapitalismus. Der war und ist sich seiner Macht bewußt und tut in deutschen Landen, was er will, und diese Macht ballt sich mehr und mehr in ein paar Riesenkonzernen zusammen, deren geschäftliche Tätigkeit sich in der Hauptsache der Kontrolle der Öffentlichkeit entzieht. Ich nenne von den Gebilden des letzten und dieses Jahres die Interessengemeinschaft Farbenindustrie, deren Aktien seit Monaten im Vordergrund des Börseninteresses stehen, und den Stahltrust.

Da ist Optimismus, manchmal hat man den Eindruck, sogar grenzenloser Optimismus Trumps, der schlecht im Einklang steht mit dem, was man hören kann, sobald soziale Fragen auf Capet kommen. Die Börse, der man nachsagt, daß sie ein außerordentlich feines Fingerpitzengefühl für kommende Dinge habe, stand in den letzten Monaten im Zeichen einer gewaltigen Aufwärtsbewegung der Kurse fast aller Industrie- und Bankaktien. Vieles ist dabei, wie die Zukunft zeigen wird, natürlich fauler Zauber, Machenschaft von Spekulanten. Einig ist man sich aber allgemein darüber, daß man im vergangenen Winter die Lage und die Aussichten der deutschen Industrie durch eine viel zu schwarze Brille angesehen hat. Was war die Folge? Zurückhaltung des Kapitals — das Ausland hatte dabei noch immer mehr Vertrauen als das Inland — und Verschärfung der Krise. Behauptete man damals, es sei viel künstliche Mache in der Erzeugung der Krisenluft, so wurde einem entgegen, das sei ein böswilliges Urteil, die Banken hätten tatsächlich kein Geld und die Industrie liege wirklich in den letzten Jügen. Und nun? Für die Börsenspekulation sind plötzlich ungeheure Summen da, jede Anleihe, die herauskommt, wird vielfach überzeichnet, und in der Industrie bildeten sich Riesenkonzerne mit noch nie dagewesenen Machtmitteln: Hochkapitalismus in Reinkultur.

Wie wird es weitergehen? Eine plutokratische Republik war es nicht, was die Propheten der neuen Zeit von den kommenden Dingen erwarteten. Aber sie ist die gekommene Tatsache. Es gibt Reiche genug, die mit einem Wissen die Mahlzeit von hundert Armen verzehren, und nebenbei nicht Worte genug finden, um ihre besondere wirtschaftliche Notlage zu schildern. Nun aber ist das Unglück, daß die meisten der politischen Führer ihre Meinung über die Lage und Aussicht der Wirtschaft von Großindustrie und Großkapital beziehen und nicht befähigt sind, sich ein eigenes Urteil zu bilden. Oder daß sie in prinzipieller Opposition gegen den Kapitalismus wettern — eine Opposition, die mangels realer Macht sehr wenig besagt — statt sachlich den Fragen unserer Zeit nachzugehen und soviel zum Nutzen des Volkes zu retten, als nur gerechtfertigt werden kann.

Wenn nicht alles täuscht, gehen wir einer Verschärfung der sozialen Krise entgegen und einer Verstärkung der Machtposition von Großindustrie und Großkapital. Wäre es ein verhältnismäßig kurzes Übergangsstadium zur wirklichen Besserung der Gesamtlage,

so würde man sich nicht allzu schwer damit abfinden. Aber die soziale Not verspricht eine Dauereinrichtung in Deutschland zu werden. Jedenfalls geschieht von Seiten der großkapitalistischen Unternehmungen kaum etwas, um sie zu mildern und zu überwinden, und die Volksvertretung . . . je nun, es gibt interessantere Dinge für die meisten Politiker, „Belange“, die kein Nachdenken erfordern, über die sich aber trefflich streiten läßt.

## Menschenökonomie als Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Es ist eine außerordentlich lehrreiche Erscheinung, daß der Berufsausbildung der gewerblich tätigen Jugend neuerdings eine besondere Aufmerksamkeit zugewandt wird. Selbst Sowjet-Rußland hat angesichts des besorgniserregenden Mangels an gelernten Arbeitern und unter dem Einfluß der Gewerkschaften bereits 1920 einen allgemeinen Ausschuss für Berufsausbildung eingesetzt, der einen großen Plan zur Behebung der „technischen Unwissenheit“ ausarbeitete, allerdings ohne bisher besonders großen Erfolg zu haben.

In Deutschland ist zur Förderung der Facharbeiterausbildung im vergangenen Jahr beim Reichsverband der Deutschen Industrie der **Arbeitsausschuss für Berufsbildung** eingerichtet worden, in dem auch der vom Verein deutscher Ingenieure gegründete **Deutsche Ausschuss für technisches Schulwesen** und die **Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände** mitwirken. Daneben ist mit dem Zwecke, systematisch und zusammenfassend die Berufsausbildung und Erziehung in die Hand zu nehmen, seit einigen Monaten das **deutsche Institut für technische Arbeiterschulung** (das **Vinta**, Sitz Düsseldorf) gegründet worden. Bestimmungsgemäß hat das Institut drei **Aufgaben** vorwiegend zu lösen: 1. Die Wirtschaft mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß die arbeitswillige und arbeitsfähige Einstellung des inneren Menschen in der Wirtschaft Voraussetzung für ihren äußeren Erfolg sei. 2. Ingenieure und Werkmeister auszuwählen und auszubilden, die die Arbeiterschulung in Verbindung mit der Arbeitserziehung zu leisten hätten. 3. Durch **hormonischen** Zusammenschluß dieses Ausbildungspersonals den einzelnen vor der Verfassung in seinem Betrieb zu schützen und ihn an Kanälen der steten Ermunterung, Anregung und Bestärkung angeschlossen zu erhalten. Mit anderen Worten: in dem Institut sollen die Betriebsbeamten in der Industrie für die Aufgabe geschult werden, **Menschenökonomie** in Industrie, Bergbau und Landwirtschaft zu betreiben.

Angesichts des auch bei uns bestehenden und in den nächsten Jahren voraussichtlich noch größer werdenden Facharbeitermangels soll die Arbeit der Berufsschulung zunächst einen sachlich und beruflich hochstehenden Arbeiter heranbilden. Daneben — und der Bedeutung nach nicht minder — will sie den Menschen mit seiner Berufstätigkeit wieder in inneren Konnex bringen. Gestand doch auf der Gemeinschaftssitzung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute in Bonn im Mai v. J., die sich mit der „menschlichen Arbeitskraft im Produktionsvorgang“ befaßte, mit einer gewissen Verzögerung Generaldirektor Dr. Vögler: Vorbeigegangen sind wir bisher an dem einzigen Faktor jedes Produktionsprozesses, dem Menschen. Die Einrichtigen unter uns, und vor allem die, auf denen die Verantwortung besonders schwer lastet, sind zu der Erkenntnis gekommen, daß wir in der Arbeiterfrage festgelaufen sind. Seit Jahren sind Versuche von hohen Stellen, von Berufenen und Unberufenen, von Organisationen unternommen worden. Wir müssen feststellen, daß wir um keinen Schritt weitergekommen sind. Die große Masse unserer Arbeiter und auch unserer Angestellten steht dem Werk und dem Prozeß im Werke fremd, sogar feindlich gegenüber. Was hilft es uns, wenn wir uns bemühen, die Hüttenbetriebe stets von dem hohen Stand der Technik zu unterrichten? Was hilft es, wenn die Hüttenleute die Kenntnisse, die sie gewinnen, möglichst schnell in die Tat umsetzen, wenn ein so gewaltiger Faktor, wie die Arbeiterschaft, nicht innerlich an ihren Arbeiten teilnimmt?

Die Seele der vorgenannten Bestrebungen ist der **Oberingenieur Arnhold** von der **Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G.** und dieses Werk die ursprüngliche Stätte seiner Versuche. Als **Mittel** der Bewirtschaftung der menschlichen Arbeitskraft sowohl nach der sachlichen, wie auch der seelischen Seite sind zu nennen: **Psychotechnische** Auswahl und Eingruppierung von Lehrlingen, Arbeitern und Beamten; Heranbildung von Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern in Lehrwerkstätten, Werk- und Industrieschulen, sowie Erträglichung derselben durch Schulen, Turnen und Sport; praktische Schulung von **empfehlenden**

Arbeitern und Arbeiterinnen sowie Spezialarbeitern in Unternwerkstätten; theoretische Schulung in Kursen; systematische Anleitung zum wirtschaftlichen Denken und zur Werks-gemeinschaft durch Werkszeitungen; Erziehung der Arbeiterin, sowie der Töchter von Werksangehörigen zu hauswirtschaftlicher Tüchtigkeit; produktive Fürsorge bei alten und invaliden Arbeitern durch Schaffung von Alters- und Invalidenwerkstätten.

An sich ist die Idee der Arbeitsschulung ja nicht neu und in älteren Einrichtungen großer Werke (z. B. Siemens, A.E.G., Borjig, Maschinenfabrik München - Augsburg) des Maschinenbaues erprobt, neu ist nur — und durchaus auch erfreulich — daß sie nunmehr auch in Industrie-kreisen des Westens aufgegriffen wird, die bisher für diese Dinge weniger Interesse zeigten. Herrn Arnolds Bestrebungen beginnen auch in anderen Industriezweigen lebhaftere Nachahmung zu finden. Ihr erstes Feld war der Maschinenbau, es folgten Hüttenindustrie und Bergbau, chemische und Textilindustrie zeigen bereits Ansätze, auch die Landwirtschaft wird hineinbezogen werden müssen. An sich verdienen die mit der Arbeitsschulung verknüpften Absichten, durch eine Verbindung von technischer Schulung und sittlicher Erziehung möglichst günstige Wirkungen für Wirtschaft und Volk herauszuholen und „für den jungen Sacharbeiter das Werk, das ihn gerade in der entscheidenden Wende seines Lebens betreut, mit persönlichem Inhalt zu füllen“, durchaus Billigung und entschiedene Förderung. Sie müssen sich aber in einem unbedingten sachlichen und unparteiischen Rahmen bewegen und sollten vor allem sich vor einer Verquickung mit Dingen, die mit der Berufsausbildung nichts zu tun haben, hüten.

Die freien Gewerkschaften und teilweise auch die christlichen glauben jedoch den Bestrebungen der Arbeitsschulung mit einer starken Zurückhaltung begegnen zu müssen, weil sie in der Propagierung des Gedankens der Werks-gemeinschaft gegen sich gerichtete gelbe Tendenzen erblicken. Solche Tendenzen wären selbstverständlich entschieden abzulehnen. Auch eine Werks-gemeinschaft, wie Arnhold sie denkt, kann nur auf der Grundlage vorbehaltloser Anerkennung der Gewerkschaften beruhen. Auch Herr Arnhold denkt wohl nicht daran, die Gewerkschaften etwa als überflüssig anzusehen. Als Verbindungsstück zwischen Gewerkschaften und Werks-gemeinschaften vermag sehr wohl der Betriebsrat zu fungieren. Daß als Folge solcher Werksbestrebungen, wie wir sie kennen gelernt haben, eine Erkaltung des gewerkschaftlichen Gedankens bei den Arbeitnehmern eintreten kann, ist naheliegend. Um so mehr wird es Aufgabe der Gewerkschaften und ihrer Führer sein, in den Rufen und Herzen der Arbeiter und Angestellten nicht bloß ihre Berechtigung, sondern auch ihre Notwendigkeit an deren Berufsstandsorganisation immer wieder wachzurufen und wachzuhalten. Die Werksleitungen müssen sich aber darüber klar sein, daß all ihre Bestrebungen getragen sein müssen von einer ehrlichen, inneren, nicht äußeren Anteilnahme ihrer Arbeitnehmer und auch deren Familien. Auch unter diesem Gesichtspunkte werden sich die Gewerkschaften als die berufenen Vertreter der Arbeitnehmer wohl kaum aus-schalten lassen.

Auch diejenigen, die den Werks-gemeinschaftsbestrebungen mit Mißtrauen gegenüberstehen, werden sich zu überlegen

haben, ob der Bewegung nicht doch etwas Tieferes zugrunde liegt, als etwa eine Aufwärmung der gelben Arbeitsbewegung. Können sie nicht als Zeichen dafür gelten, daß man auch in den Kreisen der mittleren und höheren Industrielleiter beginnt, über das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern allmählich amerikanischer zu denken und durch eine harmonischere Gestaltung des Arbeitsverhältnisses neue Triebe für Berufsfreude und Berufs-leistungen zu wecken? Dr. v. d. B.

### Verbandsnachrichten.

#### Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß für die Zeit vom 22. bis 28. Aug. 1926 der 35. Wochenbeitrag im Jahre 1926 fällig ist.

Teilzahlungen für das III. Vierteljahr 1926. Eine zweckmäßige Verwertung der Verbandsgelder ist nur möglich, wenn der Vertrauensmann die eingezogenen Beiträge sofort an den Zahlstellenkassierer abliefern und der Zahlstellenkassierer regelmäßig Teilzahlungen an die Hauptkasse leistet.

#### Berichte aus den Zahlstellen.

Paderborn. Wenn wir unser Verbandsorgan in Anspruch nehmen, so glauben wir, infolge einiger Begebenheiten, dazu in etwa Grund zu haben. Unsere Kollegen im übrigen Deutschland werden verschiedene Vorgänge bei uns sicher auch interessieren.

Zus Anfang März in Essen eine Aussprache über die Verbindlichkeitsklärung unseres Tarifvertrags erfolgte, erklärte der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, Herr Dr. Friedel (Paderborn), die Arbeiter hätten eine viel bessere Einsicht angefaßt der heutigen Wirtschaftslage als die Gewerkschaftsführer.

Als Beweis führte er an, daß der Betriebsrat der Werkstätten, B. Stadler, mit der Firma vereinbart habe, den Lohn um mindestens zwei Ortsklassen herabzusetzen, ebenso die Arbeitszeit zu verlängern. Die Gewerkschaftsführer aber hätten einen Lohnabbau abgelehnt. — Wir Paderborner Kollegen waren sprachlos; denn so etwas zu behaupten, wo an der Sache kein wahres Wort ist, hätten wir nicht für möglich gehalten. Wir fragen Herrn Dr. Friedel, aus welchen Quellen schöpft er, um so etwas zu behaupten. Wer setzt ihn von den inneren Angelegenheiten eines Betriebes in Kenntnis, der Betriebsrat doch sicher nicht. Unsere Kollegen erleben aber, mit welchen, aus der Luft geflogenen Mitteln die Öffentlichkeit irreführt wird von dem Vorsitzenden eines Arbeitgeberverbandes.

Herr Stadler will für seinen Betrieb, der 85 Arbeiter, 25 Angestellte, 7 Kontorlehrlinge und 143 Eislerlehrlinge umfaßt, eine Betriebskrankenkasse einführen, um angeblich etwas zu sparen. Herr Stadler mußte aber bisher stets zur Abführung der Beiträge an die Krankenkasse zwangsweise aufgefordert werden.

Die Annahme, die Krankenkassenbeiträge als Betriebskapital im Betrieb verwenden zu können, scheint nur der Grund zu sein, zur Einführung der Betriebskrankenkasse. Wir glauben ganz gern, daß, wenn auf vier Arbeiter ein Angestellter kommt, die Betriebsunkosten sehr hoch sind, und sind der Meinung, daß das „Sparen“ wirklich auf Kosten der Versicherten erfolgt. Es wird nachgewiesen, daß der Betrieb

Stadler seitens der Krankenkasse ein Zuschußbetrieb war, d. h.: es wurden weniger Beiträge abgeführt, als die Versicherten an Krankengeld usw. bezogen.

Die Erfahrung lehrt, daß die Versicherten einer Betriebskrankenkasse sich scheuen, einen Krankenschein vom Arbeitgeber zu erbitten. Sie zahlen lieber den Arzt und Medikamente aus ihrer eigenen Tasche. Nur so kann durch die Einführung einer Betriebskrankenkasse „gespart“ werden. Hoffentlich machen die Versicherungsbehörden durch den Plan einen dicken Strich. Der Arbeiter muß und soll frei sein, von jedem sichtbaren und unsichtbaren Zwang.

Am 20. Juli hatten wir eine Betriebszählung in der Stadt Paderborn vorgenommen. Ergebnis:

	Beschäftigte Arbeiter	Lehrlinge
In 50 Kleinwerkstätten der Tischlerei	92	131
„ 4 Drechslerbetrieben	1	—
„ 6 Bildhauerbetrieben	7	15
„ 5 Wagenbauerbetrieben	4	6
„ 2 Orgelbauanstalten	34	5
Der Betrieb Stadler umfaßt	85	143
<b>Gesamt</b>	<b>223</b>	<b>300</b>

Beim Arbeitsnachweis gemeldete Arbeitslose 94. Paderborn zählt 33 000 Einwohner.

Wenn auf 50 Kleinwerkstätten 131 Lehrlinge, pro Betrieb 2,6% kommen, so kann hierzu nicht viel eingewendet werden. Ob die Lehrlingschulen im Interesse des Eislerhandwerks und der Volkswirtschaft liegen, ist immer noch sehr fraglich.

Wir geben zu, daß die Ausbildung besser ist als bei manchem Meister, andererseits ist sie aber auch einseitig, sodaß der junge Geselle auf einer andern Werkstatt „nicht fertig wird“. Von 70 zu Oftern entlassenen Lehrlingen sind nachgewiesen 50 arbeitslos. Nur zu wahr ist der Artikel im Deutschen: Das Schicksal des jungen Nachwuchses im Handwerk, Nr. 178 vom 1. August 1926.

### Gewerkschaftliches.

■ Jungmänner der christlichen Gewerkschaften! Am 5. und 6. September d. Js. treffen sich in Essen die Jungmänner der christlichen Gewerkschaften zu einer eindrucksvollen Rundgebung und zu ernstlichen Beratungen. Als vor einiger Zeit das Hohensyburgtreffen aus Gründen man-nigfacher Art abgefragt werden mußte, wurde das allseitig bedauert. Nunmehr hat die christliche Gewerkschaftsjugend ihren Tag. An Euch liegt es nun, ihm nach innen und außen zu einer eindrucksvollen Wirkung zu verhelfen, an der die Öffentlichkeit und die älteren Kollegen ablesen können, daß auch in der Jugend der christliche Gewerkschaftsgedanke festen Fuß gefaßt hat, daß Sinn und Wesen desselben neue schöpferische Kräfte auslöst, die im Geiste der Väter an der Standwerdung der Arbeiterschaft weiterzuarbeiten gewillt und in der Lage sind. Nach den Gottesdiensten am Morgen findet um 10 1/2 Uhr im großen Saale des städtischen Saalbaues eine wichtige und kurze Rundgebung statt, in der die Kollegen Otte und Kaiser vom Gesamtverband zu Euch sprechen werden und die umrahmt wird von der Gefangeskunst des rühmlichst bekannten Chores der Essener christlichen Metallarbeiter. Der Nachmittag wird Euch dann zu einigen frohen Feiern im Waldtheater des Stadtwaldes vereinigen. Wendet Euch wegen der Programme, die zum Eintritt berechtigen, an Euren Verband oder Euer Kartell. An diesem Sonntag sollt Ihr alle dabei sein, nicht nur aus der

### Die Weltwirtschaft.

Die Gegenwart ist in dem großen Kreislauf des Weltgeschehens in einen Zustand wirtschaftlicher Zusammenhänge hineingewechselt, den wir unter einen Begriff zusammenzufassen gelernt haben: unter den Begriff: Weltwirtschaft. Eine Jahrtausende durchlaufende Entwicklung hat hier einen zeitweiligen Abschluß gefunden, hat die Bindung des einzelnen an eine Welt mit ihren unzähligen Wechselwirkungen vollendet. Weltwirtschaft heißt das Problem, das die Völker zu lösen bestrebt sind, Weltwirtschaft das System, das der modernen Wirtschaftspolitik zugrunde liegt. Um die Eroberung der Weltwirtschaft mitterseitigen die Völker in harter, über Friedensarbeit seit der Jahrtausendwende, rangen die Nationen im Weltkrieg. Weltkrieg — Weltwirtschaft, ein tief im Innern festgefügt Zusammenhang. Um die Wiedereroberung der Weltwirtschaft ging das Ringen nach dem Kriege, mit neuen Mitteln, unter neuer Situation, aber mit gleich zehrvacher Energie. Warum?

Es hat Zeiten gegeben, in denen der Mensch im eigenen Hause, in eigener Wirtschaft, mit eigenen Mitteln, jeder einzelne für sich die Gegenstände seines täglichen Bedarfs selbst herstellte. Wir kennzeichneten diese Stufe in der Entwicklungs-geschichte als die Periode der geschlossenen Hauswirtschaft. Dann trat der Tausch in das Leben des Menschen ein und mit ihm die Arbeitsteilung. Daraus entstand der Handel und das Handwerk. Weiter wurde der Kreis — es entwickelte sich die Stadtwirtschaft und mit ihr die Trennung von Stadt und Land. Was nun folgt ist nichts anderes, als die Fortentwicklung des Bestehenden: Arbeitsteilung mit un-gewöhnlichen Abarten, mit Wechselwirkungen und Neubildungen, die Umbildungen und Fortbildungen sind. Noch größer wurde der Kreis der Gewerbetätigen, größer ihre Ziele, größer die Aufgaben, die der „Wirtschaft“ entstanden, größer endlich die Trennung von Produktion und Stoffveredlung, wenn wir so die Gewerbetätigen nennen wollen. Stadtwirtschaftliche Weltwirtschaft hatte ich diese Ära bezeichnet. Abermalige Arbeitsteilung und Zusammenfassung führte zur Staats-wirtschaft, zur Manufaktur, Fabrik, Maschine und Industrie. Ihre Ausdehnung auf schließlich ein wirtschaftliches Groß-gebiet eines einheitlichen Staatswesens, verbunden durch ein-einheitliche Sprache, Sitten, Staatsverordnungschaft und Kultur erzeugte die Volkswirtschaft. Und worin gipfelten am letzten Ende dieser Kreislauf, was war seine Quintessenz? Die nachfolgende Bindung des einzelnen an das Gemeinwesen, die Vergrößerung der zu bewerkstelligenden gemeinsamen Auf-gaben, die Arbeitsteilung dessen, was ursprünglich der einzelne allein sich herzustellen bemühte als Aufgabe eines ganzen Volkes, in dem der einzelne für alle und alle für den einzelnen

zu „wirtschaften“ begannen. Arbeitsteilung — Arbeits-gemeinschaft aller mit allen in einem einheitlich geschlossenen Wirtschaftsbereich — das ist Volkswirtschaft. Und Weltwirtschaft? Der Schritt ist nicht mehr groß: Sie ist abermals die Weiter-bildung des vor Jahrhunderten begonnenen und zu Ende des 19. Jahrhunderts entscheidend vorangeschrittenen Entwick-lungsganges: Die Bindung der Befriedigung der Bedürfnisse einer Volkswirtschaft an die natürlichen Gütervorkommen und die wirtschaftliche Arbeit der übrigen Wirtschaftsvölker der Welt. Weltwirtschaft ist also gleichzeitig das Produkt kultu-reller Aufwärtsentwicklung, wie die Abnahme der Befrie-digungsmöglichkeit der volkswirtschaftlichen Bedürfnisse durch die zugegebenen Vorräte einer Nation. Das heißt: Die Not-wendigkeit in die Weltwirtschaft einzutreten ist für ein Volk mit dem Augenblick gegeben, wo die Bedürfnisse desselben so vielseitig geworden sind, daß ein nur noch mit Hilfe der Güteraus-tausche mit fremden Volkswirtschaften befriedigt werden können. Ein Teil der Volksarbeit dient in diesem Fall dem reinen auswärtigen Güteraus-tausch. Oder: Jedes Volk legt unter der Einwirkung der Weltwirtschaft im Laufe der Zeit das Schwergewicht seiner Wirtschaft auf diejenige Er-zeugung, die kraft seiner natürlichen Vorräte, seiner geogra-phischen Lage, der Eignung seiner Bevölkerung — daselbe für eine bestimmte Güterart und Güterverarbeitung besonders geeignet macht und es aus gleichen Gründen günstiger wirt-schaften läßt, als es bei den übrigen Völkern der Fall sein wird. So ist Weltwirtschaft gleichzeitig internationale Arbeitsteilung: Rußland, die Kornkammer Europas, Deutschland, der Eisenmarkt, England, der Textilmarkt, Frankreich, das Land der Rüstmanufaktur, die Schweiz, die Heimat der Präzisions-uhren usw. Wir sahen, was die Hauswirtschaft im kleinen begann, was die Stadtwirtschaft ausdehnte, die Staats-wirtschaft fortsetzte, das baute die Volkswirtschaft aus, verviel-fachte die Weltwirtschaft. So sind im Laufe der Entwicklung die Dimensionen immer größer geworden, haben die Perspek-tiven dauernd gewechselt — aber, ist deshalb wirklich etwas Neues entstanden? War nicht der große Kreislauf von der Hauswirtschaft zur Volkswirtschaft das Ergebnis des gleichen Zusammenhanges, des Bedürfnisses nach Mehrleistung und beginnenden Güterknappheit, um der Bevölkerungszunahme eine größere Produktion, dem kulturellen Aufstieg die Be-dürfnisbefriedigung zur Verfügung stellen zu können? War nicht alles Neue eine Wiederholung des Dagewesenen in neuer erweiterter Form, mit erweiterter, entwickelbarer Mitteln? Ist nicht der Uebergang zur Weltwirtschaft etwas Analoges dem, was sich viermal vorher in der Entwick-lungsgeschichte der Menschheit wiederholt hat, Aufstieg und Nieder-gang, um in fortgebildeterer Form abermals neu zu entstehen? Was sagt doch der Philosoph: „Es gibt nichts Neues auf

der Welt, alles was neu erscheint, ist bereits dagewesen!“ Wir leben, auch die Wirtschaft beständig diese Wahrheit.

Die Weltwirtschaft ist ein Gleichgewichtszustand, der er-möglicht wurde durch das Eindringen des Kapitals in die Wirtschaft der Völker, durch die Entwicklung der Technik, des Verkehrs, die Ueberwindung natürlicher Hindernisse, von großen und größten Entfernungen durch das Unabhängig-werden von Wasser, Wind und Wetter, von Gebirgs-hindernissen, von Tag- und Nachtzeit. Weltwirtschaft ist also in erster Linie ein Verkehrsproblem. Ehe dieses nicht gelöst war, war Weltwirtschaft daher unmöglich. Die Erfindung der Dampf-maschine hat dieses Problem gelöst. Daher der Aufstieg nach den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts. Eisenbahn und Dampf-schiff, Kohle und Eisen, das sind die Pole, um die sich die Entwicklung der Wirtschaft des 20. Jahrhunderts dreht. Sie wurden aber auch speziell für die deutsche Volkswirtschaft die Basis, auf der die Zurückeroberung der über zwei Jahr-hunderte verloren gegangenen wirtschaftlichen Stellung Deutsch-lands im Weltverkehr möglich wurde. Wir wissen, die Ent-deckungsära mit der Auffindung der Seewege nach Ostindien und dem daraus resultierenden Niedergang des Levantehandels hatte zu der Verschiebung des Schwergewichtes auf die See und die Kolonialwirtschaft geführt, hatte Deutschland seine Bedeutung als europäisches Durchfuhrland genommen und ihm die Voraussetzungen seiner vorübergehenden Blüte entzogen. Die Eisenbahn und Dampfschiffahrt gaben ihm die Voraus-setzungen zu dieser einstigen Stellung zurück: Deutschland wurde wieder der Mittelpunkt des Durchgangsverkehrs zum Norden vom Süden, zum Osten vom Westen, und umgekehrt. Neue Voraussetzungen — aber auch neue Wirkungen in dem sich auf den anderen Voraussetzungen herausentwickelten Gleichgewichtszustand der Weltwirtschaft.

Die Westländer, vor allem England und Frankreich, hatten bis zur Aufblüte Deutschlands die Führung in der trans-ozeanischen Wirtschaft inne. England war die führende In-dustriemacht der Welt. England der Weltbankier, der Welt-reeder. Die Londoner Börse war die Börse der Welt, London der Hauptumschlagshafen für den Güterverkehr nach Europa und dem europäischen Osten, von Europa nach Uebersee. Die englische Flagge war das Wahrzeichen der Seefahrt, die englische Sprache die Sprache der Welt. Und nun, im 19. bis 20. Jahrhundert entstand für England wie für Frankreich die große Gefahr: Der Verlust ihrer Vormachtstellung durch das Eindringen Deutschlands in den Weltverkehr auf Grund der neu entstandenen Voraussetzungen. Deutschland war an der Neuorientierung nach der Entdeckungsära niedergegangen, England und Frankreich waren aus gleicher Ursache auf-gestiegen. Nun hatten sich abermals die Voraussetzungen ge-ändert: Deutschland war wieder in den Zusammenhang ein-

Umgebung, sondern auch aus den anderen Gauen unseres deutschen Vaterlandes. An der Aussprachetagung am Montag im Kruppssaal des städtischen Saalbaus werden eure Vertreter teilnehmen, die von den Verbänden und Kartellen zu benennen sind. Hier sollt ihr Euch frei und ungezwungen aussprechen über eure Sorgen und Nöten. Es wird verhandelt werden die Not der erwerbslosen Jugend und wie ihr abzuhelfen ist, die Strömungen in der Jugendbewegung und unsere Stellung zu ihnen, sowie über die Führung in der Jugendbewegung.

Alle miteinander müßt ihr Euren Stolz darein setzen, am Sonntag das Treugelöbniß für die christliche Gewerkschaftsidee abzulegen. An diesem Bekenntnistage darf keiner zu Hause bleiben. Rüstet schon jetzt zu dieser Feier. Rüstet eure schlafenden Kameraden auf. Spart für die Fahrt. Etliche können ein gutes Stück Wegs zu Fuß zurücklegen. Bringt Wimpel und Mandoline mit, wenn ihr welche habt. Und nun an die Werbearbeit. Ihr müßtet keine jugendfrischen und standesbewußten Jungens sein, wenn ihr nicht alles daran sehen wolltet, die Rundgebung in Essen, eure Rundgebung, so machtvoll zu gestalten, daß ihr selbst noch lange davon mit Begeisterung und die anderen mit höchster Achtung und Bewunderung sprechen werden.

**Auf Wiedersehen in Essen**

**Sammlungen für die englischen Bergarbeiter.** Der freigewerkschaftliche Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund fordert in einem Aufruf zu Geldsammlungen für die ausgeperrten englischen Bergarbeiter auf. Der Aufruf stützt sich auf ein Gesuch des Generalrates der englischen Gewerksvereine an den sozialistischen Internationalen Gewerkschaftsbund. Zu der Angelegenheit ist bemerkenswert, daß bereits früher — zurzeit des englischen Solidaritäts-Generalstreiks — vom Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund zu Sammlungen für England aufgefördert wurde. Mit Abbruch des Generalstreiks wurden diese Sammlungen eingestellt. Der sozialistische Internationale Gewerkschaftsbund beschloß dann, dem Generalrat der englischen Gewerksvereine mit Darlehen zu Hilfe zu kommen. Der Zweck dieser Umstellung dürfte in dem Bestreben gelegen haben, die englische Bergarbeiterunion unter der radikalen und taktisch-tollpatschigen Führung von Cook zu bestimmen, in engster Anlehnung an die übrigen Gewerksvereine den Kampf zu führen. Dieses Wollen führte nicht zu einem Erfolg, da Cook auf seine Art weiter taktierte und nunmehr dank dieser Strategie der Kampf der englischen Bergarbeiter vor dem Zusammenbruch steht. Wenn jetzt zu neuen Geldsammlungen aufgerufen wird, so dürfte das seinen Grund in den Bemühungen der englischen Gewerksvereine haben, gegenüber den Bergarbeitern den Nachweis zu führen, daß sie wohl den Bergarbeitern helfen wollen, jedoch nicht bereit sein konnten, eine Bewegung zu stützen, an deren Spitze Cook stand.

Die Hilfe der christlich-nationalen Arbeiter Deutschlands ist von den englischen Gewerkschaften nicht erbeten worden. Weder der Internationale Bund der christlichen Gewerkschaften noch der christlich-nationale Deutsche Gewerkschaftsbund, sind bisher angegangen worden, der Hilfsaktion für die englischen Bergarbeiter Unterstützung zu leisten. Es liegt so weder für die genannten Spitzenverbände noch für den einzelnen christlich-nationalen Arbeitnehmer Anlaß vor, den Aufruf des sozialistischen Allge-

wehens zu unterstützen. Die zwei Jahrhunderte geruhte wirtschaftliche Kraft lebte plötzlich auf, drängte voran und eroberte, eben weil sie unverbraucht war, Schritt für Schritt die alte Stellung zurück. Gewiß, die Stellung der in den beiden Jahrhunderten erstarkten Völker, zu denen sich neu die Staaten Amerikas gesellten, war sehr fest, aber die sich überstürzende Entwicklung der Technik und das Bedürfnis nach allgemeinem Güteraustausch waren stärker als die Stellung der Westmächte. Die neuen Voraussetzungen waren einmal vorhanden, und die Entwicklung mochte nun wohl noch gehemmt, nicht aber mehr aus der Welt geschafft zu werden. So entstand der Wettkampf um die Führung und die Größe des Anteils an der Weltwirtschaft. England opferte dem seine Landwirtschaft. Frankreich finanzierte die halbe Welt gegen die deutsche Gefahr. England prägte sein „made in Germany“. Vergebens. Deutschland vollendete seinen Weg, wie er ihm vorgezeichnet war. Es wurde Durchfuhrland, schaffte sich eine eigene Industrie, und machte sich damit frei von Englands Industrien. Es schuf sich eigene Werften und nahm England die deutschen Schiffbauaufträge, eine eigene Handelsflotte und entzog damit England den Gütertransport nach Zentral- und Osteuropa. Weiter entwickelte es sich. Es wurde zum Lieferanten für den Osten, für die Weltwirtschaft. Bremen und Hamburg wurden die Fallstore nach ganz Europa — fort von London zog sich der russische Güterumschlag. Deutsche Handelsschiffe nahmen ca. 10% des Weltverkehrs ein. Deutschlands Großindustrie überholte England, Frankreich weit hinter sich lassend. Deutschland wurde, ohne daß es daran zu hindern war, Weltstaat. Das war die Wirkung der wiederhergestellten Voraussetzungen aus dem Mittelalter in neuer Form.

Und abermals die Reaktion: Der Weltkrieg, der Zusammenhang hat gezeigt, wo die wirtschaftlichen Ursachen zu ihm zu suchen sind. Klar zeigt die Bedeutung der Weltwirtschaftsmomente Deutschlands auch der Versailles Vertrag: Die Wegnahme der Handelsflotte und ungezählten Fluß- und Landtransportmittel zu dem Zweck der Ausschaltung der deutschen Wirtschaft aus dem Weltverkehr. Die Vernichtung der Produktionsmaschinen zur Ausschaltung der Ausfuhrindustrie, die Entziehung der Rohle zur Niederhaltung der Erzeugungsfähigkeit, die Entziehung des Kapitals zur Verhinderung des Wiederaufbaues. Aber: Das Weltgeschehen vollendet sich nach ewigen, ehernen Gesetzen. Man mag eine Entwicklung stören, erschweren, sind die Voraussetzungen geblieben, so werden alle Eingriffe nur temporäre Wirkung haben können, aus der Welt geschafft werden kann sie nimmer mehr. Und das gilt nach dem Kriege ganz besonders. Nach wie vor vollendet sich die Entwicklung der Weltwirtschaft zwangsläufig. Nicht die Menschen bestimmen die Entwicklung des Weltgeschehens, sondern das Bedürfnis. Das Bedürfnis aber ist geblieben. Dr. Rüpper.

meinen deutschen Gewerkschaftsbundes als verpflichtend anzuerkennen.

**Rundschau.**

**Kampf gegen die „untragbare“ Gewerbesteuer.** Im Laufe der letzten Wochen ist in den Tageszeitungen des Industriegebietes ein heftiger Kampf entbrannt gegen die Heranziehung zur Gewerbesteuer und zu sonstigen kommunalen Umlagen. Die Entrüstung über die Zahlung der heutigen öffentlichen Abgaben ist im allgemeinen verständlich, denn es soll nicht verkannt werden, daß manche Gewerbezweige augenblicklich einen schweren Stand haben. Aber eine Frage ist in Anbetracht mancher Meinungsverschiedenheiten wohl angebracht. Liegt bei vielen Gewerbetreibenden nicht selbst ein erheblicher Teil Schuld an ihrer Bedrängnis? Hat man regelmäßig und pünktlich die Vorauszahlungen geleistet? Wenn ja, dann könnten die vorgebrachten Schwierigkeiten nicht so groß sein und der in Szene gesetzte Spektakel ist höchst unangebracht. Haben des weitern die Gewerbetreibenden bei ihrer Festsetzung der Warenpreise richtig gerechnet — was man in letzter Zeit vielfach hierüber zu Gesicht bekam, läßt den Schluß zu, daß es nicht der Fall ist — so hat doch der Auftraggeber oder Käufer die Abgaben mit bezahlt und die Steuerbehörde hat ein Recht, die Steuer zu fordern. Fest steht auch, daß vielfach Gewerbetreibende feste drauf los wirtschaften und dabei tausende Mark Steuern schulden. Den Kommunalverwaltungen bleibt dann schließlich nichts anderes übrig, als Forderungen, die diese Geschäftsleute bei ihren Abnehmern haben, mit Arrest zu belegen und Zahlungsbefehle zu erlassen und sind diese Betroffenen dann die größten Schreier gegen die untragbaren Steuern, die sie aber nicht ordnungsmäßig abführten. Ist hier nicht mit ein Grundübel zu suchen? Wieviel Selbsterschulden

**Auch bei Rationalisierung der Wirtschaft sind tüchtige Facharbeiter dringend notwendig. Zur Erweiterung der Fachkenntnisse des Schreiners dient unsere Zeitschrift „Handwerkskunst im Holzgewerbe“**

**Bist Du schon Bezahler derselben? Wenn nicht, so bestelle die „Handwerkskunst“ bei der Ortsverwaltung Deiner Zahlstelle oder als Einzelbezieher direkt bei der Geschäftsstelle in Köln. Der Bezugspreis ist 2,- M. vierteljährlich.**

liegt aber auch an dem Vorgunwesen, das heute in Blüte steht wie nie zuvor. Daß beim Vorgehen schließlich weder Lieferanten noch Steuern bezahlt werden können, ist selbstverständlich. Es kann auch nicht bestritten werden, daß Handel und Gewerbe stark überseht sind. In einem niederrheinischen Orte mit 27 000 Einwohnern und 5545 Haushaltungen befinden sich laut Adressbuch 200 Lebensmittelgeschäfte einschließlich Bäckereien. Es entfällt somit auf 135 Personen einschließlich Kinder, oder 28 Haushaltungen, ein Geschäft. Trotz dieser Übersehung werden aber überall noch neue Läden eröffnet und die Wohnungsämter können sich der Anträge auf Umbau von Wohnräumen in Geschäftslokale selbst unter weiterer Einschränkung der jetzt schon primitivsten Wohnungsverhältnisse kaum erwehren. Es ist zu begrüßen, daß die Wohnungsämter solchen Vaugesuchen nur dann zustimmen, wenn genügende und gleichwertige Ersatzräume geschaffen werden.

Welche Elemente trifft man heute vielfach im Handel an? Der Einzelhandel müßte doch eigentlich ein Interesse daran haben, daß alle unsauberen Elemente aus seinen Reihen verschwinden. Treu und Glauben käme wieder zur Geltung und von vielen Familien würde unsagbares Unglück abgewendet. Aber anstatt hier mit aller Kraft eine Besserung herbeizuführen, kommt man auf die famose Idee, einer andern Regelung der gemeindlichen Verteilung das Wort zu reden. Diese angestrebte Regelung will doch nichts weiter als den breiten Massen des Volkes, durch das Zuschlagsrecht der Gemeinden zur Einkommensteuer, noch weitere Lasten aufbürden. Dem Lohn- und Gehaltsempfänger wird der letzte Pfennig versteuert und mag es ihm noch so schwer fallen. Er muß ordnungsmäßig und auch pünktlich zahlen. Ob dies beim Handel und Gewerbe auch so reißlos und ordnungsmäßig vorstatten geht, soll hier nicht untersucht werden. Bestritten wird allerdings wohl nicht werden können, daß die dem Arbeiter pünktlich abgehaltenen Steuern nicht mit dieser Pünktlichkeit weitergeleitet werden und ist es auch kein Einzelfall, wo der Arbeiter mehr Einkommensteuer zahlt als der Meister oder der Geschäftsinhaber. Erinnert sei nur an die vor einiger Zeit in den Tageszeitungen veröffentlichte und unwidersprochen gebliebene Aufstellung, wo ein Bäckermeister und Hausbesitzer 7,90 M. Kirchensteuer, die doch nach der Einkommensteuer berechnet wird, zahlte, hingegen sein Gehilfe 15,30 M. zahlen mußte; ein Verlagsbuchhändler 1,60 M., sein Dienstmädchen 3,60 M.; ein Bauunternehmer, der 40 Personen beschäftigte, ebenfalls 1,60 M. und sein Arbeiter 5,- M. zahlte.

Um den Etat der Gemeinden im Gleichgewicht zu halten, will man als Entlastung der Gewerbesteuer das frühere Zu-

schlagsrecht der Gemeinden zur Einkommensteuer wieder einführen. Dagegen muß Front gemacht werden. Abgesehen von dem Konkurrenzkampf, der dann wieder bei den einzelnen Gemeinden beginnen würde, wären, zumal in den Industrieorten, die Arbeiter, Angestellten und Beamten die Leidtragenden. Sie können nicht wie reiche Leute beliebig ihren Wohnort wechseln und müßten dann zu ihren jetzigen bis auf den letzten Pfennig berechneten Steuern Zuschläge von 300—400 und mehr Prozent zahlen, ohne daß Rücksicht genommen werden könnte auf ihre wirtschaftliche Lage und ihre Leistungsfähigkeit. Es muß gegen das jetzt in Szene gesetzte Vorgehen zwecks anderer Regelung der Lastenverteilung schärfster Protest erhoben werden. Der weitaus größte Teil der Bürgerschaft wie auch die Kommunalverwaltungen dürften an der beabsichtigten Regelung kaum Freude haben. P. C.

**Eigenartige Mittel zur Bekämpfung der Wohnungsnot.** Daß es eine Wohnungsnot gibt, mag heute kaum noch jemand zu bezweifeln, nur über die Vinderung derselben gehen die Meinungen auseinander. Jetzt hat die „Deutsche Hausbesitzer-Zeitung“ ein Radikalmittel gefunden, wie die Wohnungsnot schnell zu beheben ist. Man soll in erster Linie nicht in der Errichtung von Neubauten eine Maßnahme sehen, die Wohnungsnot zu beheben, sondern man soll einen fühlbaren Abbau der Wohnungswirtschaft vornehmen, vor allem eine wesentliche Einschränkung des Mieterschutzes. Das steht allen Ernstes in der „Deutschen Hausbesitzer-Zeitung“ Nr. 25 vom 24. Juni. Aber noch ein zweites Mittel schlägt sie vor. Das lautet wörtlich, „daß bei einem geschickten Anziehen der Mietzinschraube stets ausreichender Wohnraum für Wohnungsuchende vorhanden ist. Etwaigen Schwierigkeiten in der Uebergangszeit könnte man durch Gewährung ausreichender Räumungsrufen seitens der Gerichte begegnen. Mit dem Hinweis auf eine kleinere Wohnung, die billiger ist, wird man auch den sicher zu erwartenden Forderungen auf Lohn- und Gehaltserhöhungen entgegentreten können.“

Das Rezept, die Wohnungsnot zu beheben, ist also folgendes: Man hebe das Mieterschutzgesetz auf und die Zwangswirtschaft, man kündige massenhaft Mietern mit einer entsprechenden Räumungsfrist, man zwinge sie, sich noch mehr einzuschränken, als das bisher schon geschehen ist, man ziehe dann die Mietzinschraube geschickt an, und wir werden in ganz kurzer Zeit einen Uberschuß an Wohnraum haben. Gleichzeitig hat man damit erreicht, daß man den zu erwartenden Forderungen auf Lohn- und Gehaltserhöhungen entgegentreten kann. Ein wirklich gescheiter Einfall der „Deutschen Hausbesitzer-Zeitung“. Es bleibt nur die Frage, ob die Mieter sich das alles geduldig gefallen lassen. Man sieht aber, was manche Leute für fixe Ideen haben, die sogar von anderen Kreisen ernsthaft aufgegriffen und weiter verfolgt werden. Etwas zur Widerlegung zu sagen, ist wirklich überflüssig. Der Vorschlag spricht für sich selbst.

**Wacherefreiheit statt Zehrfreiheit** Professor Dr. Mayer, Dozent für das Genossenschaftswesen an der Handelshochschule in Mannheim, hatte in einem im Auftrage des Landgerichts Düsseldorf in einem Zinsprozeß erstatteten Gutachten die Zinsforderungen der Banken bei valorisierten Darlehen, die bis zu 15 Prozent täglich gingen, als Wucher und Verbrechen bezeichnet.

Der Verein der Banken und Bankiers von Rheinland und Westfalen in Köln beschwerte sich über dieses Gutachten bei der Handelskammer Mannheim. Dergleichen reichte die Rheinische Kreditbank im Namen der badisch-pfälzischen Banken eine Beschwerde beim Senat der Handelshochschule ein. Das Ergebnis dieses Kesseltreibens war die Entziehung der Vorlesungsberechtigung. Die Banken haben ihr Ziel erreicht und die Wissenschaft ist gewarnt. Das statuierte Exempel wird natürlich dazu beitragen, daß zumal an denjenigen Hochschulen und Instituten, die mehr oder weniger von den Zuschüssen der Banken usw. ihr Leben fristen, von einer akademischen Zehrfreiheit nicht mehr die Rede sein kann.

**Arbeitsrecht und Arbeiterschutz.**

**Die Höchstdauer der Erwerbslosenunterstützung.** § 18 der Erwerbslosenfürsorge-Verordnung vom 16. Februar 1924 sieht eine Höchstdauer von 26 Wochen vor. Es sind aber Abweichungen nach oben und unten zulässig. Der Reichsarbeitsminister ist allgemein für die Festsetzung solcher Abweichungen zuständig. Die Vorsitzenden der Arbeitsnachweise sind aber bis zu einem Höchstmaß von 13 Wochen berechtigt, die Fürsorge zur Vermeidung von unbilligen Härten ausnahmsweise über das zulässige Höchstmaß hinaus zu verlängern.

Auf Grund der ihm durch die Verordnung erteilten Befugnis hatte der Reichsarbeitsminister bereits durch Schreiben vom 30. März 1926 die Unterstüthungshöchstdauer in der Erwerbslosenfürsorge auf 39 Wochen verlängert. Ausgenommen sollten hiervon nur die Land- und Forstwirtschaft in ihren verschiedenen Zweigen, die Gärtnerei, das Baugewerbe mit seinen Hilfsbetrieben, die Baustoffherzeugung sowie die hauswirtschaftlichen Berufe sein. Aber bereits am 12. Mai 1926 sah sich der Reichsarbeitsminister veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß die Vorsitzenden der öffentlichen Arbeitsnachweise berechtigt seien, auf Grund der Bestimmung im § 18 Absatz 3 die Unterstüthungshöchstdauer der Bauarbeiter nach individueller Prüfung des Einzelfalles um weitere 13 Wochen bis auf 39 Wochen überall dort zu verlängern, wo der

Baumarkt bisher keine wesentliche Besserung gezeigt hat. Die anhaltende schlechte Lage des Baumarktes veranlaßte den Reichsarbeitsminister bald darauf weiterzugehen und durch Schreiben vom 9. Juni 1926 die Unterstützungsdauer der Arbeitnehmer des Baugewerbes in allen Bezirken, in denen der Baumarkt bis dahin keine wesentliche Besserung gezeigt hat, auf 39 Wochen zu verlängern. Die obersten Landesbehörden oder die von ihnen zu bezeichnenden Stellen sollten entscheiden, für welche Bezirke diese Ausdehnung der Unterstützungsdauer nicht erforderlich sei. Ausdrücklich wurde darauf hingewiesen, daß trotz dieser allgemeinen Verlängerung die Befugnis der Vorsitzenden der öffentlichen Arbeitsnachweise, die Unterstützungsdauer im Einzelfall um weitere 13 Wochen zu verlängern, unberührt bleibe.

Beide Ermächtigungen waren befristet und sollten am 31. Juli 1926 enden. Die bekannte Entwicklung des Arbeitsmarktes hat nunmehr den Reichsarbeitsminister veranlaßt, die Geltungsdauer beider Ermächtigungen bis zum 31. Januar 1927 auszudehnen. Dadurch wird den Erwerbslosen, die länger als 39 Wochen ohne Arbeit dastehen, die Weiterzahlung der Erwerbslosenunterstützung bis zu 52 Wochen gewährleistet. Unbefriedigend ist aber immer noch die Hilfe, die den bedauernswerten Arbeitnehmern geboten werden soll, die über 52 Wochen hinaus arbeitslos bleiben. Der Reichsarbeitsminister ist mit dem Reichstag der Auffassung, daß zu einer weiteren Ausdehnung der Höchstdauer in der Erwerbslosenfürsorge ein Gesetz notwendig ist. Da aber vor dem Zusammentreten des Reichstages im November d. J. irgendeine Regelung für die immer größer werdende Zahl der sogenannten Ausgesteuerten getroffen werden muß, ist man dazu übergegangen, diese Erwerbslosen der Wohlfahrtspflege zu überweisen und den einzelnen Bezirksfürsorgeverbänden unter gewissen Voraussetzungen Zuschüsse zu den für diesen Zweck gemachten Aufwendungen zu gewähren. Wie schon gesagt, ist diese Regelung unbefriedigend, sowohl vom Standpunkt der Erwerbslosen, wie auch vom Standpunkt der Gemeinden aus gesehen. Wir sind der Auffassung, daß nur die Fortzahlung der Erwerbslosenunterstützung durch die Gemeinden und die allgemeine Erstattung von 50 Prozent dieser Aufwendung durch das Reich zweckmäßig erscheint.

**Arbeitsnachweis und Tariflohn.** Nach § 41 des Arbeitsnachweisgesetzes hat der öffentliche Arbeitsnachweis die Vermittlung beteiligter Arbeitnehmer an beteiligte Arbeitgeber nur zu tariflich zulässigen Bedingungen vorzunehmen, in jedem Falle aber eine Vermittlung abzulehnen, wenn der Abschluß eines Arbeitsvertrages gegen die im Bezirke ortsüblichen Mindestlohnätze verstoßen würde. Im übrigen hat sich der Arbeitsnachweis einer Einwirkung auf die Lohnhöhe zu enthalten. Trotzdem bietet sich für ihn die Möglichkeit, einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen nach dem Ablauf von Tarifverträgen entgegenzuwirken. Auf diese Gelegenheit geht das Staatsministerium für soziale Fürsorge in Bayern in einem Schreiben an die zuständigen Stellen des näheren ein. Da das Reichsarbeitsministerium, durch Schreiben vom 30. Juli 1926 (Aktenz. IV. 7554/26) der Auffassung des Staatsministeriums für soziale Fürsorge in Bayern beigetreten ist, erlangt das diesbezügliche Schreiben Allgemeininteresse; dasselbe folgt daher im Wortlaut:

München, den 31. Mai 1926.

Nr. 502 a 4  
Staatsministerium für soziale Fürsorge.  
An das  
Landesamt für Arbeitsvermittlung  
Betr.: Vollzug des § 13 Abs. 1 A. E. B.

In der letzten Zeit sind vereinzelt Klagen darüber laut geworden, daß nach dem Ablauf von Tarifverträgen auf Arbeitgeberseite versucht wird, von Betrieb zu Betrieb niedrigere Löhne mit der Belegschaft zu vereinbaren und im Falle des Widerstandes der Belegschaft unter Vermeidung der amtlichen Schlichtungsstellen die Streitigkeiten dadurch vor dem öffentlichen Arbeitsnachweis auszutragen, daß Arbeiter zu den neuen ungünstigeren Bedingungen angefordert werden und im Falle der Arbeitsverweigerung die Entziehung der Erwerbslosenerstützung vom öffentlichen Arbeitsnachweis verlangt wird.

Es bedarf kaum eines Hinweises auf die schwierige Lage des öffentlichen Arbeitsnachweises in solchen Fällen. Die Grundlage eines gedeihlichen Wirkens, das Vertrauen der beiden Parteien des Arbeitsvertrages kann dadurch leicht erschüttert werden, mag die Entscheidung — in vielen Fällen wohl durch Stillschließung des Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses — in einen oder anderen Sinne fallen.

Der Arbeitsnachweis wird unter diesen Umständen am zweckmäßigsten auf die baldige Befassung der amtlichen Schlichtungsstelle mit dem betreffenden Lohnstreit hinzuwirken haben. Eine entsprechende Anregung an die in Betracht kommende amtliche Schlichtungsstelle kann hierbei auf den § 5 Absatz 1

der Schl. V. O. vom 30. Oktober 1925 — RGBl. I S. 1043, 1080 — in Verbindung mit § 12 Absatz 2 der II. Ausf. V. O. hierzu vom 29. Dezember 1925 — RGBl. 1924 I S. 9, 150 — gestützt werden. Unter Umständen kann es auch angezeigt sein, über die Ortsüblichkeit und Angemessenheit der gebotenen Löhne ein Gutachten des Schlichtungsausschusses zu erholen. — Der Landesrichter und die Schlichtungsausschüsse erhalten Abdruck dieser Entscheidung, die Arbeitsämter sind geeignet zu verständigen.

gez.: Oswald.

Die in dem Schreiben erwähnten Bestimmungen der Schlichtungsverordnung bzw. der 2. Ausführungsverordnung dazu sind folgende:

§ 5 Absatz 1 der Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1925 bestimmt: „Schlichtungsausschüsse und Schlichter werden auf Anruf einer Partei oder von Amtswegen tätig.“

§ 12 Absatz 2 der 2. Ausführungsverordnung bestimmt: „Von Amtswegen soll der Schlichtungsausschuss oder der Schlichter tätig werden, wenn das öffentliche Interesse sein Eingreifen erfordert.“

**■ Tarifverträge sind nicht abdingbar.** In letzter Zeit sind Gewerbegerichtsentscheidungen dahin ergangen, daß unter gegebenen Verhältnissen ein Tarifvertrag abdingbar sein müßte. So haben die Gewerbegerichte in Oberlahnstein und Hannoverisch-Münden die Auffassung vertreten, daß z. B. die untertarifliche Entlohnung nicht als Abweichung von Tarif zu ungunsten der Arbeitnehmer anzusehen sei, wenn eine Firma infolge ungünstiger wirtschaftlicher Lage gezwungen sei, entweder den Betrieb stillzulegen, oder dem Arbeitnehmer anzubieten, untertariflich weiter zu arbeiten.

Das Gewerbegericht Bocholt i. W., das in einem ähnlichen Falle zu entscheiden hatte, und in dem die Beklagte sich auf obige Urteile berief, hat sich dieser Rechtsprechung nicht angeschlossen. In der Begründung heißt es:

„Bei der Beurteilung der Frage, ob eine Vereinbarung zugunsten oder zu ungunsten der Arbeitnehmer vorliegt, müssen die vereinbarten Bedingungen mit den tariflichen Bedingungen verglichen werden. Bei diesem Vergleich kann es keinem Zweifel unterliegen, daß eine untertarifliche Vereinbarung, eine solche zu ungunsten der Arbeitnehmer darstellt. Wenn der einzelne Arbeitnehmer, bei einer Weiterbeschäftigung zu niedrigeren Lohnsätzen sich auch wirtschaftlich besser stellt, als wenn er überhaupt nicht beschäftigt, und auf die noch niedrigeren Bezüge der Erwerbslosenfürsorge angewiesen wäre, so ist doch daran festzuhalten, daß die an einem Tarifvertrag beteiligte Gesamtarbeitnehmerschaft ein Interesse daran hat, daß die Mindestbedingungen eines Tarifvertrages allenthalben zur Geltung kommen, und nicht für kleinere Arbeitnehmergruppen, wie im vorliegenden Falle, durchbrochen werden. Würden abweichende Vereinbarungen, wie im vorliegenden Falle für zulässig erachtet werden, so könnten mit derselben Begründung auch andere Mindestbedingungen des Tarifvertrages außer Kraft gesetzt werden und der Schutz, den ein Tarifvertrag den Arbeitnehmern bietet, überhaupt gegenstandslos werden.“

**■ Das deutsch-österreichische Uebereinkommen über Sozialversicherung.** Die vielfachen engen Verbindungen, welche Deutschland und Oesterreich miteinander verknüpfen, ließen in den letzten Wochen ein Uebereinkommen zum Abschluß gelangen, das in vorbildlicher Weise die beiderseitigen Beziehungen auf dem Gebiete der Sozialversicherung ausbaut.

Das am 29. Juni 1926 vom Deutschen Reichstag angenommene Gesetz, dem am 12. Juli 1926 auch der österreichische Nationalrat seine Zustimmung gab, enthält umfassende Bestimmungen über die Kranken-, Unfall-, Angestellten- und Knappschaftsversicherung. Die Invalidenversicherung konnte nicht mit einbezogen werden, da Oesterreich eine entsprechende Altersversicherung nicht kennt.

Leitende Grundidee des Uebereinkommens ist: gegenseitige Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen auf dem Gebiete des sozialen Versicherungsrechtes, und demzufolge: Beseitigung des bisherigen Grundsatzes, daß das Ueberschreiten der Landesgrenze und fremde Staatsangehörigkeit für die Versicherten den Verlust oder doch wenigstens eine Minderung der Rechtsansprüche aus der Sozialversicherung zur Folge haben.

In Auswirkung dessen bringt das Gesetz folgende beachtenswerte Neuerungen:

In der Krankenversicherung ruhten bisher die Leistungen, wie Krankengeld, ärztliche Behandlung und ärztliche Versorgung, wenn sich der Berechtigte nach Eintritt des

Krankheitsfalles freiwillig ohne Zustimmung des Kassenvorstandes in das Gebiet eines anderen Staates begab. Nun ist diese Zustimmung des Kassenvorstandes nicht mehr erforderlich, wenn sich der Berechtigte nach Eintritt der Krankheit in ein dem Bezirk seiner Krankenkasse benachbartes Grenzgebiet des anderen Staates begeben will, solange er dort aufhält. Geht also beispielsweise ein Mitglied der Ortskrankenkasse Berchtesgaden im kranken Zustand und ohne Erlaubnis der Kasse nach Salzburg oder umgekehrt ein Salzburg Versicherter nach Berchtesgaden, so verliert keiner der beiden Versicherten nach dem neuen Recht deshalb den Anspruch an seine Kasse. Anders liegt die Sache allerdings, falls ein in München, Köln, Berlin usw. Erkrankter ohne Erlaubnis seiner Kasse nach Salzburg oder ein in Berchtesgaden Erkrankter nach Ein- oder Wien usw. ginge. In diesen Fällen machte er sich des Unterstützungsanspruches verlustig, was in München, Köln, Wien usw. kein dem Bezirke Salzburg bzw. Berchtesgaden benachbartes Grenzgebiet ist.

Nach den Vorschriften des Unfall-, Knappschafts- und Angestellten-Versicherungsgesetzes ruhen die Renten aus diesen Versicherungen, solange sich der rentenberechtigte Ausländer freiwillig gewöhnlich im Auslande aufhält. Diese Einschränkung ist nunmehr für Deutschland und Oesterreich durch Einfügung der Bestimmung, daß von beiden vertragsschließenden Staaten für vorgenannte Rentenleistungen die Angehörigen des anderen Staates und ihre Hinterbliebenen gleichgestellt werden, völlig beseitigt, die weitere Bestimmung des Uebereinkommens, daß bezüglich der Kapitalabfindung von Sozialversicherungsrenten der Aufenthalt im anderen Staate für Berechtigte, die einem der beiden Staaten angehören, nicht als Aufenthalt im Ausland gilt, läßt die oben ungewollten, aufgezwungenen Kapitalabfindungen in Wegfall kommen.

Besonderen Wert legt das Uebereinkommen auf die engere Zusammenarbeit der beiderseitigen Versicherungsträger und Behörden in allen Angelegenheiten des sozialen Versicherungsrechtes. Zu diesem Behufe dürfen künftighin die Versicherungsträger und Behörden Deutschlands und Oesterreichs unmittelbar miteinander in Verbindung treten, auch müssen die Gerichte, Verwaltungsbehörden und Versicherungsträger des einen Staates den Gerichten, Verwaltungsbehörden und Versicherungsträgern des anderen Staates Rechts- und Verwaltungshilfe in demselben Umfange leisten, wie wenn es sich um die Durchführung der eigenen Sozialversicherung handelte. Gerade diese Bestimmung wird in manchem Versicherungsfall und Entschädigungsanspruch zur schnelleren Erledigung verhelfen, als dies nach der bisherigen Praxis der Fall war.

Ist der Abschluß dieses Uebereinkommens schon im Interesse der Versicherten der beiden vertragsschließenden Reiche lebhaft zu begrüßen, so nicht weniger aus der erfreulichen Tatsache heraus, daß das Abkommen den ersten gelungenen Schritt auf dem Wege zur internationalen Anerkennung des Grundsatzes der Gleichbehandlung einheimischer und ausländischer Arbeitnehmer in den Angelegenheiten der Sozialversicherung darstellt.

**■ Invalidenversicherung.** Wie der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes für 1925 ausweist, wurden in diesem Jahre von den Trägern der Invalidenversicherung insgesamt 355 051 Renten bewilligt und zwar: 260 120 Invalidenrenten, 55 011 Witwenrenten und 39 912 Waisenrenten. Am Jahreschluß liefen insgesamt 1 529 091 Invalidenrenten, 29 481 Krankenrenten, 89 462 Altersrenten, 233 404 Witwenrenten, 3 441 Witwenkrankenrenten und 597 694 Waisenrenten, im ganzen demnach 2 482 579 Renten. An Beiträgen nahmen die Landesversicherungsanstalten und Sonderanstalten im Jahre 1925 gegen 545 000 000 Mark ein.

## Bücher und Schriften

bezieht

der christliche Gewerkschaftler

durch die

Buchhandlung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Sobien erschienen:

## Fach- und Kalkulationsbuch für Schreinermeister

Herausgegeben vom Kreisverband Oberbayerischer Schreinermeister e. V.  
Zweite verbesserte und erweiterte Auflage.

160 Seiten Oktav, 146 Abbildungen, Detailschnitte und Konstruktionen.

Preis 5 Mark, zuzüglich 30 Pfg. Porto.

Verlag: Bayerische Schreinerzeitung Augsburg.

## Auffehererregende Neuheit:

Konzert-Violin-Duett-Zither „Sibala“

sowie alle anderen Musikinstrumente wie Geigen, Mandolinen, Gitarren, Harmonikas usw.

vermittelt direkt vom Erzeuger zum Verbraucher

Richard Barthel, Oera l. Thät.

Robert-Fischer-Straße 4.

Vertreter überall gesucht. Leicht und angenehmer Nebenverdienst.